

# APRÈS PARIS: LICHT UND VIEL SCHATTEN

## TEIL 8 DER SERIE: DIE KONSEQUENZEN DER KLIMAKONFERENZ VON PARIS

**A**lle Blicke richten sich auf Donald Trump. Wird der Chauvinist, Rassist und Frauenfeind auch aus der multilateralen Klimapolitik aussteigen? Siegt mit ihm der fossile Kapitalismus oder gerät er unter Zugzwang, weil andere den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter zügig vorantreiben?

Das Jahr 2015 war für die Klimapolitik und die globale Nachhaltigkeit kein besonders schlechtes Jahr: Die Staatengemeinschaft verständigte sich nach langwierigen multilateralen Verhandlungen auf ein neues Klimaabkommen in Paris – ein diplomatischer Erfolg. Vor allem für die nicht gerade erfolgsverwöhnte UNO ist das Abkommen, trotz vieler Unzulänglichkeiten, ein wichtiges Signal, dass sie überhaupt noch multilateral verhandelte Ergebnisse erzielen kann. Und das inmitten einer Staatenwelt, die, machtpolitisch betrachtet, im kompletten Umbruch ist und schwere soziale, ökonomische und ökologische Krisen und Kriege erlebt.

Am 4. November 2016 trat das Abkommen in Kraft. Noch nie waren einem internationalen Abkommen in so kurzer Zeit – innerhalb von 10 Monaten – so viele Länder beigetreten. Doch schon weni-

ge Tage später schlug die Hochstimmung in Katerstimmung um. Der Wahlsieg von Donald Trump, der den Klimawandel als chinesische Verschwörung bezeichnete, befeuerte die Angst, dass die USA – der zweitgrößte Emittent weltweit – aus dem Klimaabkommen aussteigen und alle klimapolitischen Errungenschaften der Obama-Regierung rückgängig machen könnte.

### Von Paris nicht blenden lassen

Doch bei aller berechtigter Sorge um die Welt nach Trump, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass Paris und auch die Ergebnisse der Folgekonferenz in Marrakesch 2016 auch so erhebliche Lücken aufweisen, die die Mehrheit der Regierungen in Nord und Süd zu verantworten haben. Die Euphorie nach Paris hat einige Trends und Fakten verhüllt, die nun im fahlen Licht der Realität umso besorgniserregender erscheinen. Denn Trump ist beileibe nicht der einzige rechte Populist auf der Welt und die Klimapolitik erlebt – wie emanzipatorische Politiken generell – in weit mehr Ländern als in den USA einen enormen Rollback.

Um das nochmal ganz klar zu sagen: Weder war die USA (auch unter Obama)

jemals internationale Vorreiterin in Sachen Klimapolitik, noch wird man Trump alleine für ein kollektives Scheitern bei der Einhaltung der 2°C Obergrenze verantwortlich machen können. In wichtigen Öl- und Kohleländern wie Russland, Türkei, Polen, Indien, Indonesien und Saudi-Arabien verhindern diverse nationalistische und konservative Strömungen unterschiedlicher Ausrichtungen eine echte Transformation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Klimapolitik steht da – wenn überhaupt – nur als Problemthema auf der politischen Agenda.

Was Paris erreicht hat: im UN-Klimaprozess ein Abkommen hervorzubringen, das universellen Charakter hat. Hat das Kyoto-Protokoll noch ausschließlich den Industrieländern Reduktionspflichten abverlangt, sind nun alle Länder dabei, wenn auch auf Basis freiwilliger Reduktionsbeiträge. Die alte Aufteilung in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer ist jedenfalls passé. Die Freiwilligkeit der Reduktionspflichten ist allerdings ein Problem, weil sie die Verpflichtung zu Obergrenzen einzuhalten, aufhebt. In der Verhandlungssprache heißt das „pledge and review“. Und das ist ein gravierendes Defizit. Zwar soll die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad begrenzt werden. Doch die Ziele, wie sie derzeit vorliegen, „reichen“ allemal für 3 Grad globale mittlere Erwärmung. Es bleibt also noch ein langer Weg, wenn die Pariser Ziele erreicht werden sollen, unter 2 Grad zu bleiben.

Gut ist, dass 2023 erstmals geprüft werden soll („Global stock take“), was global erreicht wurde. Außerdem wird der Weltklimarat einen neuen Bericht zu den Auswirkungen einer Erderwärmung auf 1,5 Grad und den damit verbundenen Treibhausgasemissionspfaden vorlegen, der mit der ersten Überprüfung der nationalen Klimaschutzziele 2018 zusammenfallen wird. Das schafft wenigstens Optionen für Nachbesserungen. Für die Klimawissenschaft und Zivilgesellschaft schafft es Anlässe, ihren Druck auf ihre Regierungen und Wirtschaft zu schnellerem Umsteuern zu erhöhen.

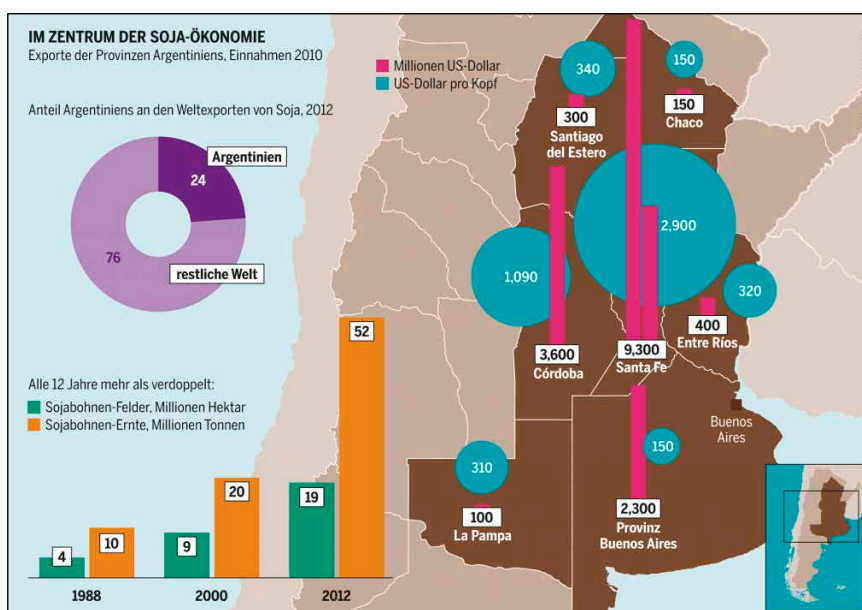


Bild 1: Soja: Exporte der Provinzen Argentiniens, Einnahmen 2010

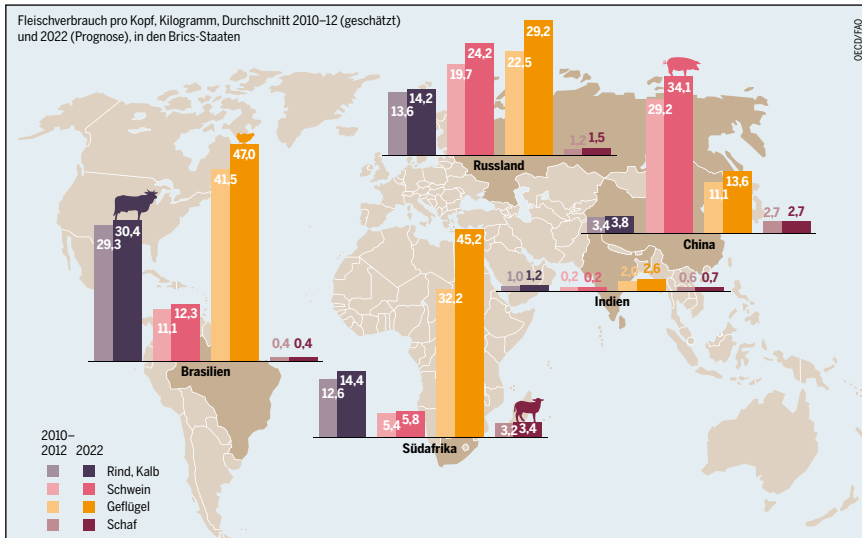


Bild 2: Ein Jahrzehnt in die Zukunft

### Alle Volkswirtschaften tragen Verantwortung

Denn mehr denn je gilt unter dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und Fähigkeiten, dass Industrienationen ebenso wie Schwellenländer radikal umschwenken und ihre Wirtschaften nachhaltig und klimakompatibel gestalten müssen.

Die Industrieländer sind historisch nach wie vor die Hauptemittent/innen von Emissionen aller Art (Treibhausgase, Müll), die Hauptverursacher/innen des immensen Verlusts biologischer Vielfalt und die größten Pro-Kopf-Verbraucher/innen von Ressourcen jedweder Art. Sie müssen die Transformation ihrer Ökonomien vorantreiben, die hohen Emissionen und den immensen Ressourcenverbrauch drastisch und schneller zurückfahren. Und sie müssen auch aus der historischen Verantwortung heraus und weil sie es ökonomisch können, die Hauptverantwortung in der Finanzierung der Transformation sowie die Kosten für die Schäden, die durch Nichthandeln im globalen Süden entstehen, übernehmen.

Gleichzeitig müssen im globalen Süden die Entwicklungspfade letztlich klima-

kompatibel und vor allem sozial gerecht gestartet werden.

### Green Economy genügt nicht

Das bedeutet nicht nur einen kompletten und unmittelbaren Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bei Strom und Wärme (Energiesektor), sondern auch eine ganz andere Mobilitäts- und Agrarpolitik für den sogenannten globalen Norden. Für den Süden bedeutet es, dass sie sich erst gar nicht auf den fossilen und ressourcenintensiven Entwicklungspfad begeben dürfen, den die Industrienationen beschritten haben. Denn ein „weiter so“ mit immerwährendem und steigendem Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist mit einem 2°C Ziel nicht vereinbar.

Ins Zentrum der Debatte rund um den Klimaschutz rückt mehr denn je die Frage, mit welchen Politiken, Technologien und Instrumenten diese Transformation erreicht werden kann und soll. Dabei sind Technologien und Instrumente in der Diskussion, die eine genauere gesellschaftliche und politische Betrachtung gerade hinsichtlich ihrer sozialen und ökologischen Wirkungen brauchen.

Wir erleben, wie mit Konzepten der Grünen Ökonomie, wie sie sich die Weltbank, die OECD oder die EU ausdenken, derzeit eine Vorstellung hoffähig gemacht wird, dass wir ausschließlich mit einem „Ergrünen“ der Wirtschaft die ökologischen Krisen reparieren und den Klimawandel bewältigen können, ohne unsere Wirtschafts- und Wachstumsmodelle wesentlich antasten zu müssen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) glaubt sogar, dass das „grüne“ Wachstum das braune überholen könne. Der New Climate Economy Report von 2014 hat das Motto „Better Growth, better Climate“. Damit werden Illusionen geschürt, dass wir die Klimakrise ohne größeres politisches und ökonomisches Umsteuern und Verhaltensänderungen schon gepackt bekommen. Das ist letztlich eine fatale Botschaft an die Politik, die die nötigen Weichen für eine soziale und ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaften nicht zu stellen wagt.

Die Hoffnungsträgerin Nummer 1 beim Verlagern des Handelns in die Zukunft sind Technologien, die uns vor der großen Klimakatastrophe retten sollen. An sie klammern sich all diejenigen, die hoffen, dass wir weiter konsumieren und produzieren können wie bisher. Ein solches Versprechen kann jedoch nur machen, wer bewusst die Komplexität der Herausforderungen vor denen wir stehen, reduziert, stark an Wunder des Marktes und der technologischen Innovation glaubt und gleichzeitig reale Machtstrukturen im ökonomischen wie politischen Kontext ignoriert und nicht anpacken will. So genießen Marktmechanismen, vor allem der Emissionshandel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Klimaschutzpolitik.

### Klimamanipulation als vermeintliche Lösung

Und es gibt die realistische Gefahr, dass wir in nicht allzu langer Zeit über ganz neuartige sogenannte Geoengineering-Technologien sprechen werden. Hierbei

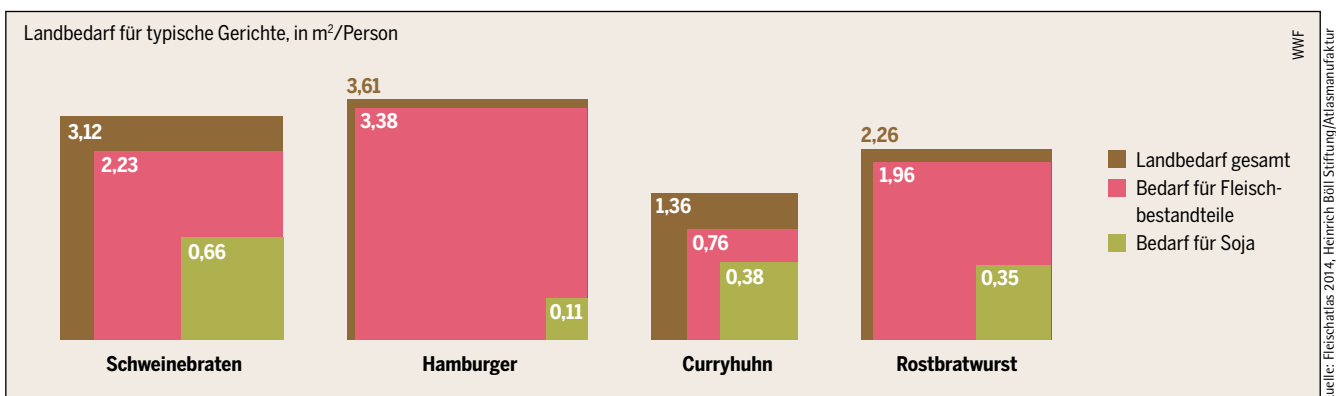


Bild 3: Platz für Mahlzeiten

handelt es sich z.B. um Solar Radiation Management Technologien, bei denen es darum geht, unter massivem Technologieinsatz die Sonneneinstrahlung der Erde zu verändern – z.B. durch das Simulieren von Vulkanausbrüchen oder Spiegel im Weltall. Technologien von der Verpressung von CO<sub>2</sub> in den Boden bis zu der Ozeandüngung werden erforscht und erprobt. Fast alle Szenarien des Weltklimarats, die uns mit größerer Wahrscheinlichkeit auf einen 2°C Korridor bringen, enthalten die implizite Annahme, dass wir in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts solche Technologien anwenden werden.

Wir brauchen daher dringend eine breite gesellschaftliche Debatte dazu, mit welchen Technologien wir im 21. Jahrhundert leben wollen. Welche sind zukunftsfähig und welche nicht? Welche sozialen und ökologischen Folgen wollen wir in Kauf nehmen und welche nicht, wenn wir den Ansprüchen einer humanen und gerechten Welt-Gesellschaft entsprechen wollen?

### Agrar- und Mobilitätswende

Eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie ist ja durchaus wünschenswert. Doch sie bleibt Illusion, solange wir nicht radikal Emissionen aller Art unterlassen und unseren Ressourcenverbrauch massiv reduzieren. Besser, anders, und vor allem weniger – das überwinden unsinniger Produktions- und Konsummuster, sollte die Devise sein. Dazu gehört zum Beispiel die Individualmobilität, die Vielfliegerei, unsere Wegwerfmentalität, wenn es um Kleidung geht, der Plastikverbrauch, aber auch eine globale Energiewende und allen voran der globale Fleischkonsum:

Weltweit werden jährlich rund 300 Millionen Tonnen Fleisch produziert. Laut Schätzungen der UN-Welternährungsorganisation wird diese Menge bis 2050 auf 455 Millionen Tonnen steigen, wenn die globale Nachfrage weiter im bisherigen Tempo wächst. Derart große Mengen Fleisch lassen sich nur im industriellen Rahmen und damit einhergehenden hohen sozialen, politischen und ökologischen Kosten produzieren. Unmengen an Tierfutter müssen für die industrielle Fleischproduktion hergestellt werden. In 2015 wurden allein 270 Millionen Tonnen Soja – das weltweit wichtigste Futtergetreide – hergestellt. 80% davon landeten in Tiertrögen, vor allem in China (70 Millionen Tonnen) und der EU (31 Millionen Tonnen). Für den dafür nötigen großflächigen Anbau von Sojapflanzen wird Land im globalen Süden privatisiert, lokale Kleinbauern enteignet oder vertrieben, und Regenwälder zerstört, um Anbaufläche zu schaffen. Internationale Agrarkonzerne eignen sich das lukrative

Land an, das noch immer die Lebensgrundlage für ein Drittel der Weltbevölkerung bildet und indigene Kleinbauern sind die Hauptleidtragenden.

Eine Intensivbewirtschaftung von Agrarland weltweit sind die Folge, die nicht nur unsere Ökosysteme zerstört und die Artenvielfalt verringert, sondern auch den Klimawandel anheizt: Die industrielle Landwirtschaft produziert weltweit 14% der globalen Treibhausgasemissionen. Schließt man die mittelbar mit der Entwaldung und der Produktion von Düngemitteln verknüpften Emissionen mit ein, so macht sie sogar 24% aus. Aus der industriellen Landwirtschaft aussteigen bzw. gar nicht erst einsteigen, ist eine zentrale Stellschraube im Kampf gegen den Klimawandel. Zudem verunreinigt der extensive Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden (99 % der weltweiten Sojaproduktion sind gentechnisch verändert und werden routinemäßig mit Pestiziden behandelt) unser Grundwasser, zerstört die Artenvielfalt und trägt zur Bodenerosion bei. Eine agrarpolitische Wende ist neben der Energiewende also dringend nötig, wenn wir es ernst meinen mit Paris.

Was wir also brauchen, um aus dem Versprechen und der Hoffnung von Paris, dass wir den Klimawandel eindämmen können, eine Realität werden zu lassen, ist politischer Wille. Denn Alternativen zum wachstumsgetriebenen und klimaschädlichen "business as usual" gibt es zur Genüge. Ökologische Landwirtschaft, auch im großen Maßstab, ist bereits Realität und ein hochproduktiver Wirtschaftsfaktor. Eine andere, systemisch vernetzte Mobilität, die nicht primär auf Individualverkehr beruht, emissionsfreie Automobile aber auch nicht ausschließt, ist theoretisch durchgespielt und wird bereits in Ansätzen umgesetzt.

Vor allem aber darf Innovation nicht auf den Technologie-Begriff verengt werden: Auch die Entwicklung neuer Lebensstile und neuer Formen des urbanen Zusammenlebens sind Innovation. Eine dezentrale und erneuerbare Energieversorgung liegt genauso in Reichweite von Realpolitik wie der Abbau umweltschädlicher Subventionen.

Es fehlt uns also nicht an nachhaltigeren Alternativen, sondern vor allem an der Macht – und oft dem Willen – sie durchzusetzen. Ein Begrünen der Wirtschaft durch Ressourcenschonung, Umstieg auf Erneuerbare Energien, bessere Technologien und effiziente ökonomische Anreize wie Steuern ist unbestreitbar ein Teil der Lösung.

Doch soziale, kulturelle und technologische Innovationen müssen enger miteinander verbunden werden. Technologien müssen vor allem in ihren sozialen und ökologischen Folgen breit gesellschaftlich diskutiert und demokratisch kontrolliert werden.

Was wir brauchen ist eine Re-politisierung der Ökologie, die sich nicht vor unbequemen Fragen weg duckt und Zielkonflikte benennt. Und wir müssen um gesellschaftliche Mehrheiten für eine sozial und ökologisch gerechte Transformation werben. Das geht nicht ohne Leidenschaft und Optimismus, doch auch nicht ohne Kontroverse und Kampf. Auch post-Paris bleibt also für unser Klima viel zu tun.

### ZUR AUTORIN:

► *Barbara Unmüßig*

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und Co-Autorin der Veröffentlichung: „Kritik der Grünen Ökonomie“, 2015

[vorstand@boell.de](mailto:vorstand@boell.de)

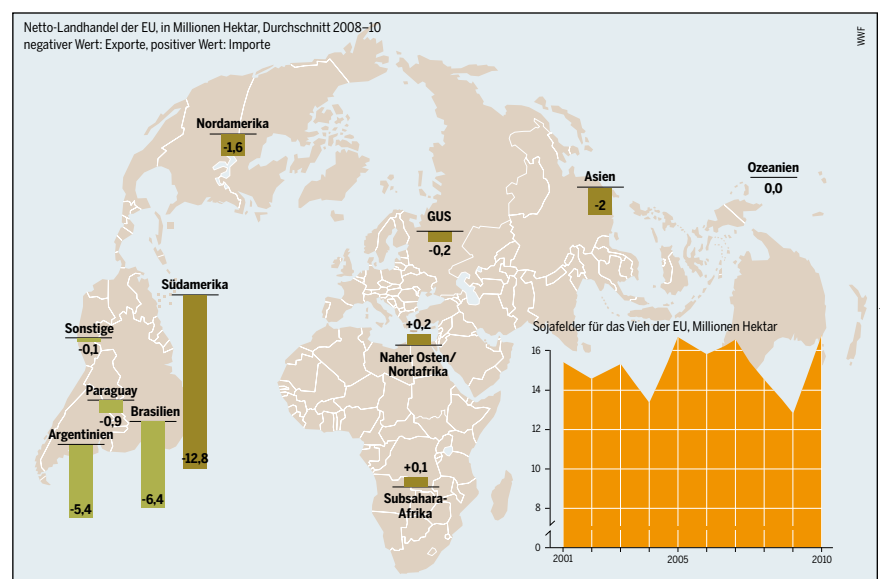


Bild 4: Die EU lässt wachsen – Soja-Anbauflächen, die im Ausland „eingekauft“ werden





Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS)

# APRÈS PARIS

DIE KONSEQUENZEN

DER KLIMAKONFERENZ VON PARIS

TELEPOLIS

SONNENERGIE EBOOKS